

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/148

Bonn, den 8. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 49

Haltet den Dieb !

Erhard und sein sogenanntes Stabilisierungsgesetz

2 - 3 90

"Schwarzer Peter" der Gemeinder

Vor dem Ende der Investitionskontrolle

Von Klaus Rusticus

4 - 6 107

"Deutsche und Juden"

Beobachtungen auf dem Jüdischen Weltkongreß

Von Günter Markscheffel, z.Zt. Brüssel

6 20

Wer bekämpfte in Deutschland das Antisemitismus ?

Professor Golo Mann in Brüssel

NEUE POLITISCHE BÜCHER

7 49

"Verschwörung gegen die Freiheit"

Beachtenswerte Veröffentlichungen der Jungsozialisten

* * *

Haltet den Dieb !

Erhard und sein sogenanntes Stabilisierungsgesetz

so - Es ist oft im Leben so: wenn ein Chef plötzlich seinen "Arbeitsurlaub" unterbricht, in den Betrieb kommt und seinen Angestellten einmal zeigen will, was eine Marke ist, dann geht meist alles drunter und drüber. Der Herr Bundeskanzler bestätigt diese Regel durch sein Verhalten. Er kommt, sieht und "siegt".

Wir meinen den Entwurf für ein sogenanntes Stabilisierungsgesetz. Da wird plötzlich von höchster Stelle mit Ausdrücken und Ankündigungen herumgefuchelt, die noch wenige Monate vorher den Zorn der höchsten Kompetenz hervorgerufen haben. Was die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in den vergangenen Jahren bei jeder Etatberatung, was die Gewerkschaften aller Schattierungen stets auf ihren Kongressen forderten - alles das wird jetzt, gewissermaßen "ex cathedra", übernommen und so dargestellt, als sei es eine persönliche Erfindung des noch amtierenden Bundeskanzlers und früheren Bundeswirtschaftsministers.

Jahrelang wurden die besten Gelegenheiten verpaßt. Jahrelang hat man einen vorsintfluthlichen Liberalismus als "Wirtschaftspolitik" bezeichnet und jahrelang hat der gleiche noch amtierende Bundeskanzler und frühere Bundeswirtschaftsminister alle jene der teuflischsten Anschläge auf die vermeintlich freie Wirtschaft bezichtigt, die es wagten, von der Notwendigkeit regulierender Maßnahmen zu sprechen. Es ist einer der üblichen Treppenwitze der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß man nunmehr im wirtschaftlichen Bereich genau das nicht wahrhaben will, was man früher predigte: Die systematische Erziehung zu der in modernen Industriestaaten längst nicht mehr gültigen Vorstellung, daß sich "alles von selbst auspendeln" könne, wenn irgendwann einmal Krisenerscheinungen in der Wirtschaft bemerkbar werden.

Dabei operiert der Honorarprofessor für Wirtschaftspolitik auch heute noch mit unzulänglichen Mitteln. Abgesehen davon, daß er Unschuldige für schuldig erklärt, legt er jetzt ein wirres Sammelsurium von unterschiedlichsten Gutachten auf den Tisch des Hauses und verlangt - blind gegenüber seiner eigenen Unfähigkeit - auch noch, daß man dafür die Verfassung ändert.

- * Das ist ein fauler Zauber. Erhard, der längst hätte zurücktreten müssen, fordert praktisch ein Ermächtigungsgesetz, mit dessen Hilfe sein Nichtstun und seine Unfähigkeit vernebelt werden sollen.

Diese Methode nennt man im normalen Leben die Methode des "Haltet den Dieb". Es ist der Ausdruck des schlechtesten Gewissens, den ein deutscher Politiker und Regierungschef seit vielen Jahren gehabt haben dürfte. Wenn über Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung gesprochen werden muß, wenn man allenthalben einsieht, daß der Schliegrian an der Spitze der Bundesrepublik nicht so weitergehen kann, dann soll man zunächst einmal denjenigen, der durch Nichtstun und Leichtfertigkeit den jetzigen Zustand herbeigeführt hat, nach Hause zu schicken. Dann kann man sich mit vernünftigen Leuten darüber unterhalten, mit welchen Mitteln der angerichtete Scherbenhaufen beseitigt werden muß. Sorgt dafür, daß der Kanzler in seinem "Arbeitsurlaub" bleibt!

"Schwarzer Peter" den Gemeinden

Vor dem Ende der Investierungshaushalte

Von Klaus Rüsticus

Die unzureichende Finanzausstattung mit ordentlichen Einnahmen aus dem gesamten Steueraufkommen bleibt die Ursache der hohen Verschuldung der westdeutschen Gemeinden. Der Bund hat aus ordentlichen Einnahmen außerordentliche Vorhaben finanzieren können. Bis vor einem Jahr etwa galt das auch noch für die Länder. Bund und Länder waren mithin nicht im annähernd gleichen Maße auf den Kapitalmarkt angewiesen. Die Gemeinden aber mußten, um die Bedürfnisse zu befriedigen, schon lange vorher den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen.

Hier beginnt ein weiteres Übel...

Die Bundesregierung wirft heute den Gemeinden vor, den Kapitalmarkt über Gebühr in Anspruch genommen und wesentlich zur Konjunkturüberhitzung beigetragen zu haben. In Wirklichkeit aber wählten viele Gemeinden schon vor allen Maßhalteappellen den Weg der sogenannten Zwischenfinanzierung, d.h. sie verwirklichteten Maßnahmen abschnittsweise und riefen analog dazu die Kreditmittel ab. Die Folge war vielfach eine Verteuerung der Vorhaben, die nunmehr abgeschlossen werden müssen. "Jetzt aber ist der Kapitalmarkt dicht," resignierte ein Oberstadtdirektor, zugleich Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages.

- * Heute werden Gemeinden von Länderregierungen sogar schon aufgefordert, anstelle bereits zugesagter Landeszuschüsse oder -darlehen
- * zur dringenden Ausfinanzierung laufender Vorhaben, selbst auf dem
- * Kapitalmarkt Darlehen aufzunehmen, während von Länderseite wegen
- * des ihnen versperrten Kapitalmarkts von Fall zu Fall nur Kapital-
- * diensthilfe geleistet werden soll.

Das bedeutet: Weil heute den Ländern die Hände gebunden sind, wird sie - von Fall zu Fall - gezwungen, ihren Gemeinden den "schwarzen Peter" zuzuschieben. Wenn alle Länder ihren Gemeinden die Inanspruchnahme von Kapitalmarktmitteln überlassen und von sich aus lediglich Kapitaldienst-spritzen gewähren, die sie wiederum aus ordentlichen Einnahmen finanzieren, dann sieht es übel aus.

Wenn der Kapitalmarkt keine Auflockerung erfährt...

Bei gleichzeitigen Rückgang der Steuereinnahmen als Folge der Flaute in der Grundstoffindustrie, aber auch in anderen Wirtschaftszweigen, wachsen die kommunalen Ausgaben. Das ist eine ganz natürliche Folge der Entwicklung des sogenannten Wohlstandstaates, in dem die gesteigerten Ansprüche der Bürger auch die Forderungen an ihre Städte und Kreise erhöhten.

Soweit westdeutsche Gemeinden für das laufende Rechnungsjahr "Zwischenbilanzen" anstellten, zeichnete sich folgendes als drohende Gefahr ab: Trotz vermindelter ordentlicher Einnahmen müssen

- * angestiegene Lohn- und Gehaltskosten und
- * mehr fixe Kosten infolge neue geschaffener Einrichtungen
- * aufgefangen werden.

Außerdem kletterte der Schuldendienst vor allem darum beträchtlich in die Höhe, weil die Gemeinden einfach am Steuerkuchen zu gering betei-

ligt waren und immer wieder durch neu aufgelegte Zwischenfinanzierungsstufen von Jahr zu Jahr teurer gewordene Kredite aufnehmen mußten.

Keine neuen Maßnahmen 1967 möglich...

Wie die Dinge zur Zeit liegen, ist es völlig unmöglich, 1967 in außerordentlicher Haushaltsart, aus dem bekanntlich die eigentlichen Investitionen zu bestreiten sind, auch nur eine neue Maßnahme einzuplanen, erklärte der Finanzexperte einer anderen Großstadt, die noch einen enormen Nachholbedarf hat. Man sei noch nicht einmal in der Lage, im nächsten Jahr wesentliche Aufschließungsmaßnahmen durchzuführen.

Aus dem Resümee zahlreicher Gespräche mit Kommunal- und Landespolitikern sowie mit verantwortlichen Männern in westdeutschen Rathäusern läßt sich für die Zukunft der Gemeinden im Augenblick keine andere These als folgende ableiten:

- * Wenn die rückläufige Entwicklung in der Grundstoffindustrie andauert, wozu heute alle Annahme berechtigt, und mithin die Gewerbesteuern (meist nach Ertrag) entweder 1967 weiter zurückgehen oder auch nur das annähernd gleiche Niveau wie 1966 erreichen, dann bedeutet das für viele westdeutsche Gemeinden den totalen Ruin der Investierumgshaushalte. Neue Vorhaben zu finanzieren, wird eine Utopia werden. Hierzu nur ein Beispiel: In der niedersächsischen Landeshauptstadt mußten allein sieben Volkshochschulen zu den Akten gelegt werden.

Finanzreform darf nicht erst 1970 kommen...

Hamburgs Bürgermeister hat erst kürzlich wieder erklärt, wie es um die Kommunen bestellt ist. Das war keine Schwarzmalerei.

Ein Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages wörtlich: "Wir sind der Meinung, daß die Bürger eines Tages auf die Barrikaden gehen, wenn die Finanzreform erst 1970 kommt." Die weitere Frage an den gleichen Oberstadtdirektor, ob der Städtetag irgendwelche Protestmaßnahmen geplant habe, wurde erklärt: "Das ist nicht der Fall, aber der Bürger wird es sich nicht einfach gefallen lassen, wenn z.B. als Folge der Finanznot keine neuen Schulen gebaut werden können und wieder Schichtunterricht eingeführt werden muß."

Nicht gegen die eigenen Städte protestieren...

Weitere Binnnahmeausfälle haben die Gemeinden auch durch die rückläufige Tendenz in der Bauindustrie zu erwarten, die sich besonders für 1967 infolge der radikalen Verkürzung der sozialen Wohnungsbauanteile, des angespannten Kapitalmarktes und - insgesamt - der gesamten Wohnungspolitik abzeichnet. Das wird neue Probleme für städtebauliche Konzeptionen auslösen und in der viel zitierten "Keinzelle der Demokratie" das Feuer noch mehr schüren. Der Bürger urteilt oft "direkt", er sucht in seinem unmittelbaren Lebensbereich die Wurzel manchen Übels.

Annahmen bestätigen natürlich auch hier die Regel, aber summarische Proteste gegen die eigenen Städte sind fehl an Platze. Was keiner im letzten Jahr zu glauben wagte, scheint tragikomische Realität zu werden: Die Bundesregierung stellt die Kommunen nicht nur stereotyp weiter an den Schuldenpranger, sondern zwingt ihnen schneller als erwartet eine Diktatur der leeren Kassen auf, weil sie trotz allgemein rückläufiger Einnahmen in den Rathäusern keinen Ausgleich herbeiführen. - Das ist nicht nur unfair, sondern auch dem demokratischen Leben wenig dienlich.

"Deutsche und Juden"

Beobachtungen auf dem Jüdischen Weltkongreß

Von Günter Markscheffel, z.Zt. Brüssel

Hinter den Kulissen, aber auch vor dem Forum des Jüdischen Weltkongresses in Brüssel wurde heftig über die Frage gestritten, ob das Thema "Deutsche und Juden" überhaupt in Gegenwart von Deutschen - und seien sie persönlich noch so schuldlos - besprochen, geschweige denn diskutiert werden könne. Die öffentlichen Für- und Widererklärungen, die hierzu abgegeben wurden, sind bekannt; sie besagen jedoch nicht alles, was Juden und Deutsche bewegt.

* * *

Zunächst eine Feststellung: Der Protest gegen die Wahl des Themas und gegen das Auftreten von Männern wie Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier und Professor Golo Mann ging besonders von politischen Gruppen aus, weniger von Delegationen, deren Herkunft und persönliches Erleben einzelner ihrer Mitglieder das unsägliche, nicht zu erfassende Leid und Entsetzen über die brutale Vernichtung von Millionen Juden. Ansichten, Gedanken und Forderungen prägen.

Da steht z.B. die Organisation jüdischer Studenten in Frankreich neben den Vertretern des MAPAI (linkssozialistische Partei). Beide protestieren heftig und beide richten ihren Zorn und Protest in der Klage und Anklage gegen alles, was deutsch ist. Wer aufmerksam beobachtete, welche der rund 500 Delegierten den Protesten am stärksten Beifall zollten, der konnte sehen und hören, dass es die Jüngeren und Jüngsten unter ihnen waren, nicht aber die Alten, die Frauen und Männer aus einer Generation, die selbst dem Inferno der Brutalitäten des Hitlerreichs entrinnen konnten.

Was bedeutet das? Ist es eine Bestätigung der These Golo Manns, dessen Pessimismus selbst seine jüdischen Zuhörer bedrückte? Oder ein Widerspruch zu dem hoffnungsvollen Vergleich von Professor Salo W. Baron (New York) zwischen dem jetzigen und früheren Verhalten der "Erbsünde" Deutschland-Frankreich?

Die meisten der Protestierenden hatten den Saal schon verlassen, als Mann, Gerstenmaier und die Professoren Baron und Scholen (Jerusalem) sprachen; es waren also nur - offiziell wenigstens - die Befürworter der Tagesordnung geblieben. Aber auch unter ihnen bildeten die Skeptiker eine sicht- und spürbare Mehrheit. Gerstenmaiers mutige Worte fanden starken Beifall. Sie wirkten deutend, wo der normale Menschenverstand bisher das Begreifen versagte hatte. Mehr aber auch nicht.

"Man kann vieles deuten, erklären und vielleicht sogar etwas verständlich machen; alles aber nicht". So lautete das Fazit eines prominenten Delegierten, der in seinem Leben schon sehr viel für das Wiederfinden von Deutschen und Juden getan hatte.

* * *

Die Delegierten des jüdischen Weltkongresses kennen die Geschichte des Judentums. Sie wissen um alle ihrem Volk zugefügten Demütigungen, Verfolgungen und Brutalitäten. Sie kennen den Antisemitismus in den meisten Ländern der Erde, wo Juden sind, als eine Art Begleitscheinung zu ihrer eigenen Welt. Ihr scharfer Verstand, geschärft durch das Sich-Behaupten-Künnen in einer feindlichen Umwelt, hat den Geist der Liebe und des Hasses in ihnen geprägt. Der gleiche scharfe Verstand hat manchen von ihnen das Begreifen und - ich wage es kaum zu sagen - das Verzeihen gelehrt.

Und doch: Alles Verstehen, jedes Erklären, ja sogar jedes Vergessenwollen, zerbricht an der Mauer des im Namen des deutschen Volkes Geschehenen, vor dem bis ins letzte ausgefeilten Perfektionismus der Vernichtungsmaschinerie des "Dritten Reiches"; einer Maschinerie, die wie in Brüssel gesagt wurde - vor vielleicht nur einem erdacht, aber von Abertausenden geölt und in Gang gehalten wurde.

Wir Deutschen sollen uns nicht täuschen: Diese Mauer ist keine Klagemauer. Sie ist eine gigantische Anklage gegen jeden und alles, der, sei es als Einzelner oder als Teil seines Volkes, die Menschlichkeit aus Angst oder "auf Befehl" in sich oder von seiner Umwelt ausgeschaltet hatte.

Gerstenmaier hatte Recht, als er sagte, diese Vergangenheit könne von keinem Volk bewältigt werden.

Dieses Wort war gut, weil es aufrichtig ist.

* * *

Sprechen wir noch einmal von den jungen Juden, deren Proteste die lautesten waren. Ich weiss nicht, ob man das Verhalten der Jungen ein Phänomen nennen soll. Oft ist uns von Berufenen gesagt worden, nur die jungen Deutschen und die jungen Juden, die nach dem Kriege Geborenen, nur sie könnten den Weg zueinander finden.

Was lässt diese an sich berechnete Überlegung und Hoffnung nach den Ereignissen in Brüssel - und auch nach den Beobachtungen in Israel selbst - so problematisch erscheinen?

Ich hörte s.B. in den Wandelgängen des Brüsseler Kongresses junge Juden heftige Vorwürfe gegen die Generation ihrer Eltern erheben, von der sie sagten, sie hätte sich wehrlos ihrem Schicksal ergeben. Nur der Kampf des Warschauer Gettos sei eine Ausnahme gewesen. Alle anderen - so die Juden - hätten sich ohne Widerstand zur Vernichtung abschleppen lassen, wohl wissend, dass es keinen Ausweg mehr gebe. Sie lassen kein Argument gelten, die Jungen, am wenigsten das der Resignation.

Und aus dieser Beurteilung der Generation der Älteren ergibt sich bei den Jungen der Wille zum Kämpfen in der Gegenwart. Das Wort vom "kompromisslosen Einsatz für die Erhaltung des Judentums" ist bei diesen jungen Menschen keine Phrase. Sie zürnen sogar den alten, die eine wirtschaftliche Wiedergutmachung fordern.

* * *

Nur Nahum Goldmann, der wortgewaltige Kongresspräsident, konnte die Wogen der Erregung glätten. Er rief den Juden Israels zu, sie protestierten nicht, dass über Israels Strassen deutsche Volkswagen liefen, dass deutsche Maschinen in jüdischen Fabriken stünden, dass von deutschen Monteuren und deutschen Ingenieuren erbaute Turbinen das "Wasser in das Land der Väter" trügen. - Bei diesen Worten wurde es still in der grossen Kongresshalle, nur hier und dort sah man ein Achselzucken als Zeichen des verdrängten Zornes gegen alles Deutsche...

Aber - so frage ich mich - wird dieser Aufruf eines Nahum Goldmann zum Realismus tiefer dringen, wird er Abgründe überbrücken können? Oder wird das Wort eines gegen die Anwesenheit der Deutschen auf diesem Kongress öffentlich von der Tribüne unter starkem Beifall protestierenden Delegierten nachhaltiger wirken, jenes Wort von der "Jämöglichkeit des Gutmachens"?

* *

*

Ich vermag diese Frage nicht zu beantworten. Nur dies glaube ich zu wissen: Wahrscheinlich trifft der Satz Gerstenmaiers jene Regung des Aufbegehrens bei vielen Juden gegenüber allen Anbiederungsversuchen vieler Deutscher an besten: "Uns Deutsche wird möglicherweise noch lange jene geduldige und respektvolle Distanz auferlegt sein, die der Unvergesslichkeit der Katastrophe und der Eigentlichkeit der jüdischen Existenz wahrscheinlich noch immer am angemessensten ist".

+ + +

Wer bekämpfte in Deutschland den Antisemitismus?

Professor Golo Mann in Brüssel

"Als Historiker kenne ich die Namen jener antisemitischer Wanderprediger der Bismarckzeit, Boeckel und Ahlwardt und Liebermann und wie sie hiessen. Wenn Sie heute aber einen Deutschen fragen, ja, Boeckel, Ahlwardt, Liebermann - nicht einer von Tausend hätte Ihnen Antwort geben können. Sie haben sich dem Gedächtnis der Menschen nicht eingeprägt. Niemals hatten sie die Popularität, wie sie der antisemitische Bürgermeister von Wien, Luager, besass; nie haben sie wirkliche Massenbewegungen oder Parteien organisieren können.

Und wenn es, gegen sie, in Deutschland keine Dreyfusards gab, so gab es immerhin die Sozialdemokraten. Diese haben in den neunziger Jahren gegen das, was sie die antisemitische "Kulturschande" nannten, einen tapferen Kampf geführt, sind, als sie selber noch wenig hinter sich hatten, in die Versammlungen der Antisemiten eingebrochen, wobei es ihnen oft gelang, das Publikum für sich zu gewinnen. Man möge darüber z.B. die Erinnerungen von Philipp Scheidemann nachlesen. Auch die Sozialdemokraten haben vor "Volk", etwas verstanden; sie haben es aber nicht für nötig befunden, den Antisemitismus zu Hilfe zu rufen. Seit dem Jahre 1912 waren sie bei weitem die stärkste Partei Deutschlands, zu einer Zeit als die "deutsch-soziale Partei" der Antisemiten Boeckel und Liebermann längst vergessen war".

+ + +

"Verschwörung gegen die Freiheit"

Beachtenswerte Veröffentlichungen der Jungsozialisten

Bdt. - Sie möchten es gern vergessen machen, aber das wird ihnen nicht gelingen. Heute präsentieren sie ihre kommunistische SED als "Tatsache" aber wie diese sogenannte Partei vor zwanzig Jahren zustande kam, darüber schweigen die Kommunisten, oder sie verfälschen die Entstehungsgeschichte der SED von Grund auf, wie das gerade jetzt in ihrem Machtbereich in dickleibigen Publikationen geschieht. Sie schlagen die SED gar als "Modell für die Vereinigung der deutschen Arbeiterklasse" vor; das kann nur zynisch gemeint sein. Es wird den Kommunisten nicht gelingen, vergessen zu machen, dass ihre SED mit List und Betrug, Terror und Grausamkeit ins Leben gerufen wurde. Das sind keine leeren Behauptungen, sondern Tatsachen.

Was vor zwanzig Jahren geschah und was junge Menschen heute aus eigenem Erleben nicht kennen, ist noch lange nicht Geschichte, sondern immer noch unmittelbare Gegenwart. In ungeschminkten Erlebnisberichten von denen ein grosser Teil bereits im SPD-Pressedienst erschienen ist, haben bekannte Sozialdemokraten, die damals dabei waren, ihre persönlichen Erfahrungen aus der Zeit der Zwangsvereinigung niedergelegt. "Verschwörung gegen die Freiheit" ist der Titel eines stattlichen Bandes von über 200 Seiten, den jetzt die Jungsozialisten in ihrer Schriftenreihe herausgeben (2,50 DM., Bestellungen unter Nr. 3914 beim Referat Werbetechnik des SPD-Vorstandes in Bonn),

Zu den Autoren gehören Franz Neumann, Ella Kay, der Gewerkschaftler Erich Giesener, die Verleger Arno Scholz, Berlin, Gustav Schmitt-Kister, Hannover, und Redakteur Rudi Dux, Bonn, (sie berichten über die Zwangsvereinigung in Magdeburg und Sachsen-Anhalt), der sozialdemokratische Journalist W. Emil Schröder (Brandenburg), der spätere Polizeipräsident Karl Bielig, der das Wiederaufleben und das Ende der "Dresdner Volksstimme" schildert und der jetzige Gewerkschaftsvorsitzende Alfred Schattank, der seine Erinnerungen an das Jahr 1946 in Leipzig erzählt. In die Broschüre sind auch eine große Anzahl von Pressestimmen zu den Ereignissen des Jahres 1946 aufgenommen worden. Das Vorwort schrieb Willy Brandt.

Noch eine weitere Veröffentlichung der Jungsozialisten zum gleichen Thema verdient einen empfehlenden Hinweis. Als neues "Kreis"-Heft ist eine Montage, "Urabstimmung 46" betitelt, erschienen. Diese "Montage" ist ein ausgezeichnetes lesbares Hörbild zum Jahrestag der Urabstimmung der Berliner Sozialdemokraten gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD am 31. März 1946 und umfasst die Zeit bis zu den ersten freien Wahlen in Berlin am 20. Oktober 1946. (Preis 1 DM., Best.-Nr. 3915 Ref. Werbetechnik, SPD-Vorstand, Bonn). - Die von Prof. C. Wolfgang Müller betreuten "Kreis"-Hefte erfreuen sich steigender Beliebtheit und umfassen bereits 18 Titel. Dazu gehören eine historische Montage über Friedrich Ebert, ein Hörbild zum 100. Geburtstag der deutschen Sozialdemokratie (das mit dem Otto Wels-Preis ausgezeichnet wurde), ein anderes über Bettina von Arnim und die Frühzeit der sozialen Bewegung in Deutschland. Die "Kreis"-Hefte sind als Anleitungen zum Gestalten von Heimabenden gedacht. Das Heft über die Urabstimmung sowie die übrigen hier erwähnten Titel können aber durchaus den Anspruch auf eine breitere Leserschaft erheben.